

RUDOLF STAUDIGL

"Es fehlt der große Plan "

Der Chef von Wacker Chemie kritisiert Versäumnisse in der Klimapolitik und erklärt, warum niedrigere Strompreise in Deutschland gut für die Umwelt und für die Unternehmen wären.

Wenn Rudolf Staudigl aus dem Fenster seines Büros schaut, dann ist von Krise nichts zu sehen. Direkt vor der Konzernzentrale von Wacker im Münchener Stadtteil Neuperlach wird kräftig gebaut. Es entsteht ein riesiger Komplex aus Wohnungen, Lokalen und Läden sowie ein Hotel. Der erfahrene Unternehmenslenker allerdings lässt sich von den vielen Kränen nicht blenden. Im Gespräch mit dem Handelsblatt erklärt er, warum ihm mit Blick auf den Standort Deutschland nicht ganz wohl ist.

Herr Staudigl, wie bedrohlich ist die aktuelle konjunkturelle Lage?

Wir hatten viele Jahre ein starkes Wachstum in der Chemie. Dass es dann mal Bremsspuren gibt, ist ja nicht ungewöhnlich. Wir spüren natürlich das geringere Wachstum der Weltwirtschaft, vor allem in China. Aber das ist in einem Rahmen, der zu bewältigen ist. Grundsätzlich gilt: Der Bedarf an Chemieprodukten ist nach wie vor hoch.

Das Kernproblem für viele Industriefirmen ist der schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und China. Fürchten Sie Handelszölle?

Das würde nur einzelne unserer Produkte treffen. Insgesamt produzieren wir sehr stark vor Ort. Unser Problem ist eher, dass China selbst große Überkapazitäten an Polysilizium aufgebaut hat, das vorwiegend in der Solarindustrie gebraucht wird. Das führt zu einem starken Preisdruck. Diese Kapazitäten wurden staatlich sehr stark subventioniert, und zwar nicht nur von der chinesischen Zentralregierung, sondern vor allem von den Provinzen und den lokalen Kommunen.

Wie reagieren Sie darauf?

Wir konzentrieren uns bei Polysilizium auf Kostensenkungen und auf höherwertige Produkte. Anders geht es nicht. Der chinesische Markt ist für uns entscheidend, denn 90 Prozent des Bedarfs an Polysilizium entfällt auf die dortigen Solartechnik-Hersteller. China ist außerdem weltweit der bei Weitem größte Absatzmarkt für Solaranlagen. Das zeigt auch, wie schwach wir in Europa bei der Solarenergie noch immer sind. Wir müssten viel schneller sein, wenn wir die Energiewende hinbekommen wollen.

Fehlt Ihnen die politische Unterstützung in Deutschland?

Die beste Industriepolitik ist meiner Meinung nach, so gute Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Unternehmen selbstständig erfolgreich wirtschaften können. Darauf sollte sich die Politik konzentrieren. Dazu gehören zum Beispiel wettbewerbsfähige Steuern, eine gute Infrastruktur und Breitbandnetze. Aber in erster Linie ist für die Industrie der Strompreis entscheidend. In China wurden Anfang des Jahres die Strompreise um mindestens zehn Prozent gesenkt, um die Industrie zu entlasten. Unsere Strompreise sind bis zu viermal höher als die unserer chinesischen Wettbewerber, und sie steigen weiter durch den Kohleausstieg.

Der Kohleausstieg hat das Ziel, den CO₂ - Ausstoß zu senken, damit Deutschland seine Klimaziele erreicht. Spielt das für Sie keine Rolle?

Natürlich bin ich für eine massive Reduktion des CO₂ - Ausstoßes. Es ist ein Wahnsinn, dass wir die fossilen Brennstoffe, die die Erde in Jahrtausenden aufgebaut hat, binnen hundert Jahren verfeuern. Aber wir sollten unsere Klimapolitik gezielt und planvoll und damit erfolgreich vorantreiben. Das ist derzeit mit Sicherheit nicht der Fall.

Was fehlt?

Der große Plan. Wir hatten eine Kommission zum Ausstieg aus der Kernkraft, wir hatten eine Kommission zur Stilllegung der Kohlekraftwerke, aber wir haben keine Kommission, die konstruktiv den Aufbau einer neuen Stromversorgung in Deutschland gestaltet.

Ist die Energiewende gescheitert?

Es ist ein großer Fehler, dass wir die Energiewende nicht gezielt managen, sondern sich selbst überlassen. Wenn das so

bleibt, wird die Energiewende scheitern, weil wir immense Kapazitäten abschalten, ohne für ausreichenden Ersatz zu sorgen. Für den Aufbau eines funktionierenden Energiesystems in Deutschland fehlt eine koordinierende Kraft.

Wer könnte diese Rolle einnehmen?

Ich finde, dass ein Wirtschaftsministerium mit all seinen Kompetenzen dies durchaus koordinieren könnte. Das Problem ist, dass wir damit schon vor Jahren hätten beginnen müssen. Jetzt werden in wenigen Jahren die Atomkraftwerke abgeschaltet, mit der Folge, dass wir Kohlestrom aus Polen und Atomstrom aus Tschechien und Frankreich importieren. Das kann es ja wohl nicht sein.

In der Chemie wird hauptsächlich Gas zum Betrieb der energieintensiven Anlagen eingesetzt. Ist eine Umstellung auf Strom überhaupt möglich?

Wir tun das ja schon, die Beheizung unserer Polysilizium-Produktion erfolgt per Strom, weil sich so die Prozesse viel präziser fahren lassen. Chemiefirmen könnten viele ihrer Großanlagen auf regenerativ hergestellten Strom umstellen, sofern er preiswert und stabil verfügbar ist. Ist das der Fall, könnten wir nicht nur CO₂ einsparen, sondern auch in der Entwicklung der notwendigen Technologien international führend werden. Der Schlüssel dazu ist ein niedriger Strompreis.

Wie niedrig muss er sein?

Unter vier Cent pro Kilowattstunde. Wenn ich Wirtschaftsminister wäre, würde ich alles daransetzen, diesen Preis zu erreichen. Er ist die Basis, mit der wir international wettbewerbsfähig sein und zugleich die Technologien für den Klimaschutz hier im Land halten können.

Davon sind wir weit entfernt. Der Industriestrom kostet fünf bis sechs Cent pro Kilowattstunde.

Tendenz weiter steigend. Und das ist wohlgemerkt der Großhandelspreis einschließlich aller Entlastungen bei den Zusatzkosten. Diese können aber nur besonders energieintensive Großabnehmer bekommen. Bei mittelständischen Betrieben ohne Entlastung können es auch schon mal 15 Cent pro Kilowattstunde sein. Wir müssen aber unter die vier Cent kommen. Wenn wir die industrielle Fertigung nach China abwandern lassen, weil dort der Strom billig ist, hat das immense Folgen. Tausende hochbezahlter Arbeitsplätze gehen verloren, wir geben auch Zukunftstechnologie aus der Hand. Es werden vor allem auch die CO₂ - Emissionen unter dem Strich massiv steigen, weil in China viel mehr mit Energie aus Kohle produziert wird und die Produktionsanlagen dort längst nicht so energieeffizient sind wie hierzulande. Das kann nicht im Sinne des Klimaschutzes sein. Wir müssten im Gegenteil stromintensive Produktion nach Deutschland locken, wenn wir weltweit die Emission von Treibhausgas senken wollen.

Wie können wir die Strompreise senken?

Wir müssen den Preis mindestens von allen Belastungen befreien, die im Laufe der Zeit hinzugekommen sind.

Energieintensive Firmen wie Wacker Chemie kommen doch längst schon in den Genuss einer Befreiung.

Das ist in großen Teilen richtig. Einige regulatorische Umlagen und Entgelte können wir reduzieren, sodass wir in die Nähe der Großhandelspreise kommen. Aber insbesondere bei den Emissionszertifikaten in der Stromerzeugung wirkt die heutige Entlastung erstens nur sehr zeitverzögert und reicht zweitens nicht aus. Tatsächlich sind wir weit entfernt von international wettbewerbsfähigen Strompreisen.

Nun diskutieren wir in Deutschland eine CO₂ - Besteuerung zum Eindämmen der Emissionen. Ist so ein Plan wirtschaftlich umzusetzen?

In der Industrie haben wir einen funktionierenden Handel mit CO₂ - Emissionszertifikaten. Wir sind also schon gedeckelt und haben zudem unsere Hausaufgaben in Sachen Einsparung gemacht. Im Verkehrssektor ist hingegen kaum etwas passiert, ebenso bei der Isolierung von Gebäuden. Da müssen wir ansetzen.

Was ist aus Ihrer Sicht das bessere System zur Einpreisung von CO₂ - Emissionen für Verkehr und Gebäude: eine Ausweitung des Zertifikatehandels oder eine klassische Steuer?

Ich finde, dazu hat der Sachverständigenrat gute Vorschläge gemacht. Eine direkte Besteuerung hat eine stärkere unmittelbare Lenkungswirkung, sie sollte aber nach einigen Jahren durch ein Emissionshandelssystem abgelöst werden. Wichtig ist, dass Bürger und Unternehmen auf der anderen Seite auch wieder entlastet werden.

Muss eine solche Lösung in Europa einheitlich sein?

Selbstverständlich, nationale Alleingänge bringen gar nichts. Eines muss aber klar sein: Wir sind in Europa bei Weitem nicht die Hauptemittenten von CO₂, sondern die sitzen in anderen Teilen der Welt. Unser Beitrag zur Verbesserung des Weltklimas wird also zwangsläufig entsprechend gering sein.

Aber müssen wir in Deutschland und Europa nicht Vorbild sein?

Sicher, aber das gilt für mich vor allem in technologischer Hinsicht. Wir müssen es schaffen, dass wir die Kerntechnologien für Klima- und Umweltschutz hier entwickeln und zum Exportschlager machen.

Wird uns China in Sachen Umwelt- und Klimaschutztechnik eines Tages überholen?

Das ist zu befürchten, weil man sich dort sehr viele Gedanken über den Aufbau von Systemen macht. Bei uns wird in erster Linie abgeschaltet. Wir haben ja schon reihenweise Hochtechnologie aus der Hand gegeben, schauen Sie nur auf die Halbleiterindustrie und die Elektronik, wo Europa als Produzent heute, von wenigen Ausnahmen abgesehen, praktisch keine Rolle mehr spielt.

Wie können wir verhindern, dass sich das wiederholt?

Wir brauchen keine Subventionen, sondern zuallererst preiswerten Strom. Der ergibt sich natürlich aus anderen Faktoren: Wir müssen die erneuerbaren Energien so kostengünstig wie möglich ausbauen, Gleiches gilt für die Netze. Mit einem Strompreis von zwei bis drei Cent pro Kilowattstunde könnten wir auch Wasserstoff in großen Mengen CO₂-frei und preiswert herstellen und als wirtschaftlich konkurrenzfähigen Energieträger nutzen.

Wie blicken Sie auf die Grünen, die ja in der nächsten Bundesregierung eine maßgebliche Rolle spielen könnten?

Die Grünen betreiben derzeit eine Wunschzettelpolitik. Sie müssen aber pragmatisch werden, wenn sie in die Regierungsverantwortung kommen. Die Grünen sollten sich mehr für die Industrie und Arbeitsplätze interessieren und erkennen, mit welchen Forderungen sie dem Klima eher schaden als nutzen. Für uns alle gilt: Nur wenn wir es schaffen, den Dreiklang der Nachhaltigkeit, Ökonomie, Ökologie und Soziales, zugleich im Auge zu behalten, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Herr Staudigl, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Bert Fröndhoff und Joachim Hofer.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wenn wir die industrielle Fertigung nach China abwandern lassen, weil dort der Strom billig ist, hat das immense Folgen.

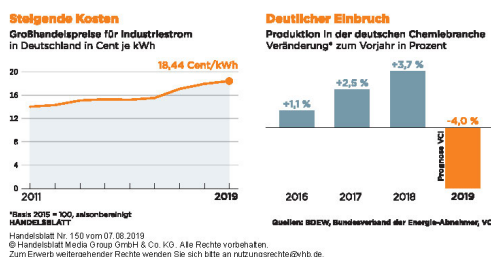
Vita Rudolf Staudigl

Der Manager Der 65-Jährige führt seit Mai 2008 den Vorstand. Sein Vertrag läuft bis 2021. Der promovierte Chemiker ist einer der wenigen Manager, die sich pointiert in gesellschaftliche Diskussionen einmischen.

Das Unternehmen Wacker Chemie ist mit einem Umsatz von knapp fünf Milliarden Euro und 14 500 Mitarbeitern einer der größten deutschen Chemiekonzerne. Er produziert global in den Bereichen Silikon, Polymere, Feinchemikalien, Polysilizium und Halbleiter. Das Unternehmen ist an der Börse notiert, wird aber mehrheitlich von der Familie Wacker kontrolliert.

Fröndhoff, Bert

Hofer, Joachim



Quelle: Handelsblatt print: Nr. 150 vom 07.08.2019 Seite 016

Ressort: Unternehmen & Märkte

Branche: IND-04 Chemieindustrie P2800

Börsensegment: sdax
gex

Dokumentnummer: 0A6C37C9-04C8-4AA5-9518-45E91EC5858A

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_0A6C37C9-04C8-4AA5-9518-45E91EC5858A%7CHBPM_0A6C37C9-04C8-4AA5-9518-

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

